

Auftrag:

-
1. Schneide alle 16 Materialkarten für die Gruppe C aus.

 2. Erschließe die wesentlichen Informationen aus den Materialkarten
(Tipp: Die Methodenkarten können dir beim Umgang mit den Materialien helfen.)

 3. Formuliere mit Hilfe deiner Erkenntnisse eine Antwort
auf die Untersuchungsfrage.

 4. Analysiere alle Materialkarten nochmals in einer Gesamtschau und
arbeite heraus, worin jeweils Bezüge zwischen den jeweils im Material
thematisierten Aspekten und dem Ausgangsfall (Lisa und Can)
gesehen werden können.

 5. Fasse deine bisherigen Ergebnisse gemeinsam mit den anderen
Schüler/-innen der Gruppe B zusammen. Bereitet euch darauf vor,
eure Ergebnisse der ganzen Klasse vorzustellen.
- Austausch:** Jede Gruppe stellt der Klasse ihre bisherigen Ergebnisse vor.
Reihenfolge: Gruppe A → Gruppe B → Gruppe C.
-
6. Bildet gemischte Teams aus den Gruppen A, B und C
und bearbeitet gemeinsam das Arbeitsblatt 3.
-

Der Begriff „**Demokratie**“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. In Deutschland gibt es diese Staatsform seit 1949, zuvor gab es sie bereits einmal von 1918 bis 1933. In einer Demokratie haben alle Bürger und Bürgerinnen die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrscht kein Kaiser, auch kein König und kein General.

In einer Demokratie dürfen alle Menschen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche Parteien, die ihre Vorstellungen in sogenannten Parteiprogrammen kundtun. In einer Demokratie wählen die Bürger/innen Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die Regierung ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten Wahl eine andere Regierung wählen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/320071/demokratie>

Von der Homepage der Bewegung „Fridays for Future“:

Wir sind eine Bewegung von jungen Menschen, die aus eigenem Interesse heraus die Aktion **Fridays For Future** in Deutschland umsetzen und verbreiten. (...) Weltweit haben sich ihr Tausende Schüler*innen angeschlossen und demonstrieren unter dem Motto Fridays for Future vor den Parlamenten, statt in die Schule zu gehen. Wir setzen uns für echten Klimaschutz ein und wollen für unsere Zukunft und für die der folgenden Generationen kämpfen. Wir fordern von der deutschen Regierung mehr Klimaschutz und den Kohleausstieg – und zwar nicht erst in zehn Jahren! Auch, wenn wir dafür Unterrichtsstunden verpassen: Das ist uns die existenzielle Frage der Klimakrise mehr als wert. Denn der Klimawandel wartet nicht auf unseren Schulabschluss! (...)

Unser Streik richtet sich nicht gegen Schulen, Universitäten oder gegen Lehrer*innen, sondern gegen die fehlenden, politischen und sozialen Maßnahmen!

<https://fridaysforfuture.de/about/>

Wenn sich Menschen zu einer öffentlichen Versammlung treffen, in langen Reihen mit Lautsprechern, Plakaten und Spruchbändern durch die Straßen ziehen, handelt es sich um eine **Demonstration**. Die Demonstranten wollen auf ihre Meinungen und Forderungen aufmerksam machen. Zum Beispiel könnten sich Bauern treffen, um für höhere Preise bei landwirtschaftlichen Produkten zu demonstrieren. Oder es versammeln sich Arbeiter und Angestellte vor einem Firmengelände, um gegen Massenentlassungen zu demonstrieren. Manchmal sehen wir auch viele Menschen durch die Straßen ziehen, die laut und deutlich ihre Meinung gegen einen Krieg äußern.

<https://www.hanisauland.de/node/1805>

Dieses **Plakat** hing in der vergangenen Woche plötzlich in der Pausenhalle der Schule:

Große Klimademo

Höchste Zeit, dass endlich mehr gegen den Klimawandel unternommen wird! Dafür wollen wir gemeinsam demonstrieren.



Wir sehen uns am **22.09.** um **12 Uhr** auf dem Marktplatz!

Logo: © Fridays for Future Deutschland
Fiktives Plakat



Stichwort – **Partizipation**:

In demokratischen Staaten die freiwillige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben im weitesten Sinne, um dadurch Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16528/partizipation>

Die **Bürgerinnen und Bürger bringen sich in der Demokratie nicht alleine in Wahlen und Abstimmungen zu Gehör**. Im Miteinander-Reden und Miteinander-Handeln wird bürgerschaftliche Öffentlichkeit ausgebildet. Gerade in einer entwickelten und lebendigen Demokratie gibt es Initiativen, Organisationen, Verbände und Vereine, in denen sich Menschen engagieren und für ihre Belange eintreten.

Diese Form der Öffentlichkeit ist auch meinungsprägend für politische Entscheidungsprozesse. Die Zivilgesellschaft (= bekundet auf diese Weise ihren politischen Willen, der dann auf den formalen Verfahrenswegen demokratischer Institutionen Entscheidungsprozesse beeinflussen und strukturieren kann. Die moderne Demokratie lebt davon.

Dort, wo die etablierten Institutionen der repräsentativen Demokratie eine zu große Distanz zu den Bürgern einnehmen oder wo Strukturen zu erstarren drohen, können Zivilgesellschaft sowie Bürgerinnen und Bürger Veränderungen im politischen System und bei gesellschaftlichen Belangen bewirken.

Aus: bpb (2017): Informationen zur politischen Bildung. Ausg. 332. Demokratie.

Abrufbar: <https://m.bpb.de/izpb/248583/strukturunterschiede-und-herausforderungen>

Dieses Foto haben Lisa und Can am 22.09. aufgenommen:



© Fridays for Future Deutschland

Als die **Klimademo** angekündigt wurde, haben die Lehrer/-innen an Lisas und Cans Schule überlegt, was sie machen sollen. Denn: Die Demo findet während der Schulzeit statt. Sie haben entschieden: Die Schüler/-innen, die an der Demo teilnehmen wollen, können das während der Schulzeit machen. Zwei Lehrerinnen begleiten die Schüler/-innen auf dem Weg zur Demo und zurück. Wenn etwas passiert, sind sie für die Schüler/-innen während der Demo ansprechbar.

Unter dem Motto „Fridays for Future“ haben (...) freitags Zehntausende **Schülerinnen und Schüler während der Schulzeit für einen besseren Klimaschutz demonstriert.** (...)

Schulpflicht: In Deutschland gilt für Kinder und Jugendliche die Schulpflicht. In wenigen Ausnahmefällen können Schüler/innen wegen der Teilnahme an einer Demonstration beurlaubt werden. (...) Wenn Schülerinnen und Schüler unerlaubt vom Unterricht fernbleiben, kann die Schule mit Ordnungsmaßnahmen (z.B. mit einem schriftlichen Verweis) reagieren.

Demonstrationsrecht: Grundsätzlich haben Schülerinnen und Schüler, wie alle anderen Menschen auch, ein Recht darauf zu demonstrieren. In Artikel 8 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Nirgendwo steht ausdrücklich geschrieben, dass das nicht in der Schulzeit passieren darf.

Schulministerien reagieren unterschiedlich: In Deutschland sind die Bundesländer für die Schulen zuständig. (...) Sie haben bisher unterschiedlich auf die Schüler-Demos reagiert. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise wurden alle Schulen an die Schulpflicht der Schüler/innen erinnert. Es wurde gesagt, dass es Möglichkeiten gäbe, die Schulpflicht durchzusetzen. In Niedersachsen wiederum hat das Schulministerium das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz sehr begrüßt. Aber weil die Voraussetzungen für eine Beurlaubung vom Unterricht nicht erfüllt gewesen seien, müsste die Schulleitung ein Fernbleiben den Schülern vorher erlauben.

Gründe für das Demonstrieren während der Schulzeit:

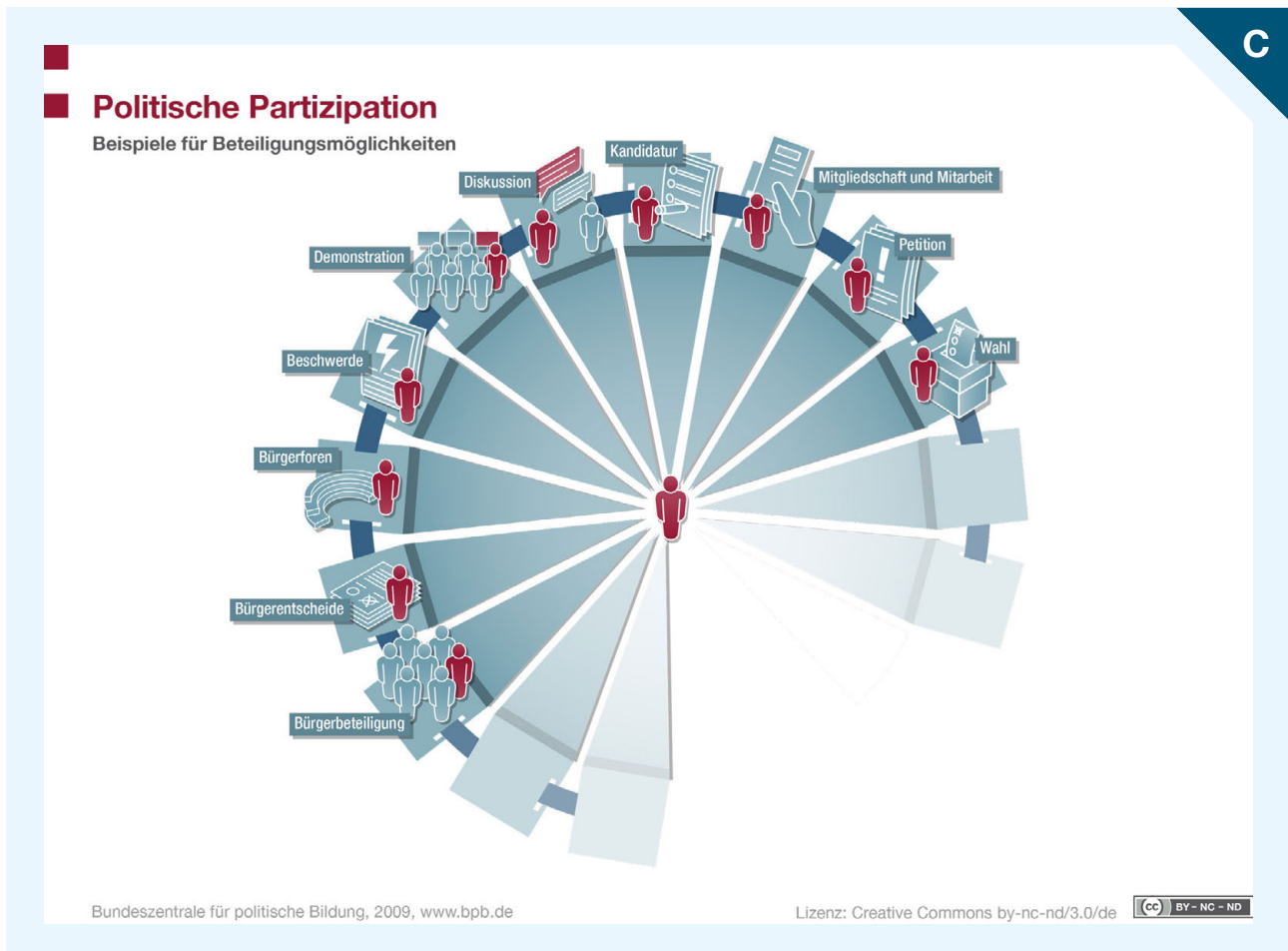
- Demonstrationen in der Freizeit erlangen nicht so viel Aufmerksamkeit.
- Die Jugendlichen müssen es ausbaden, wenn die Klimaziele nicht erreicht werden.

Gründe dagegen:

- Die Schulpflicht ist ein Gesetz, das Sinn macht und beachtet werden muss.
- Erlaubt man das, wird sofort die Frage aufkommen, wieso Fridays for Future erlaubt ist und Demonstrationen für andere politische Ziele nicht.

<https://www.hanisauland.de/node/117417>





Das Wortteil „Zivil“ in dem Begriff „**Zivilgesellschaft**“ kann man ersetzen durch „Bürger“ und „Bürgerin“. „Zivilgesellschaft“ bedeutet „Bürgergesellschaft“. In einer Zivilgesellschaft übernehmen die Bürger Verantwortung für die Gesellschaft und für andere Menschen. Sie setzen sich ein für Demokratie und Gerechtigkeit. Die Bürger engagieren sich in Vereinen, in Kirchen und anderen Organisationen. Sie streiten friedlich und fair miteinander über unterschiedliche Meinungen.

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/321491/zivilgesellschaft>

Benjamin Barber: Starke Demokratie

Der amerikanische Politikwissenschaftler Benjamin Barber macht den Neoliberalismus¹ für den krisenhaften Zustand der Demokratie verantwortlich und entwickelt in seinem Hauptwerk unter dem Titel „Starke Demokratie“ (1984) ein Alternativmodell zur repräsentativen Demokratie. (...) In seiner normativen² Demokratietheorie spricht sich Barber für das Ideal einer „starken Demokratie“ aus, das durch eine Politik umfassender und fortwährender Bürgerbeteiligung geprägt ist. Barber vertritt ein optimistisches Bild eines/er Staatsbürgers/in, der zur mehr und besserer Partizipation qualifiziert ist (...). Ferner besagt die Lehre der „self-transformation“, das Menschen im Prozess der Beteiligung, Diskussion und öffentlichen Willensbildung zu verantwortungsbewussten StaatsbürgerInnen transformiert³ werden (...).

¹ Politische Denkrichtung, die der wirtschaftlichen Freiheit besondere Bedeutung zuweist und dem Staat eine zurückhaltende Rolle zuweist.

² Auf eine als wünschenswert erkannte Entwicklung/Zielsetzung ausgerichtet.

³ Sich grundlegend verändern.

<http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/beteiligungszentrierte-demokratie.html>

UNSERE 100-TAGE-FORDERUNGEN

1. Verabschiedung eines 1,5°C-konformen CO₂-Budgets
2. sofortige Beendigung neuer Erdgasinfrastrukturprojekte + Beschluss des Erdgasausstiegs bis spätestens 2035
3. sozialverträglicher Ausstieg aus allen fossilen Energien in Deutschland
4. Beseitigung aller Ausbaubremsen für Sonnen- und Windenergie + Versiebenfachung des Ausbaus
5. Einleiten einer radikalen, sozial gerechten Mobilitätswende
6. Übernehmen globaler Verantwortung: Deutschland verpflichtet sich, für seine historischen Verantwortungen einzustehen

FRIDAYS FOR FUTURE

JETZT UNTERSTÜTZEN! FUTURE

© Fridays for Future Deutschland

C

Politische Beteiligung von Jugendlichen?

Dafür	Dagegen
<p>Viele Jugendliche sind sehr an Politik interessiert. Sie verfügen in bestimmten Bereichen über großes Wissen und haben Ideen für Veränderungen.</p>	<p>Jugendliche verfügen noch nicht über das notwendige Wissen und Verantwortungsbewusstsein.</p>
<p>Von vielen heute getroffenen politischen Entscheidungen sind gerade Jugendliche in der Zukunft besonders betroffen.</p>	<p>Jugendliche sind zu leicht (zum Beispiel durch Akteure in sozialen Medien) manipulierbar.</p>
<p>Die Beteiligung möglichst Vieler erhöht die Anerkennung politischer Prozesse und Entscheidungen.</p>	<p>Jugendliche sollten sich unbeschwert entwickeln dürfen. Sie sollten noch nicht mit politischen Problemen belastet werden.</p>
<p>Wer in der Jugend an Politik beteiligt ist, wird sich tendenziell auch in Zukunft aktiv einbringen.</p>	<p>Jugendliche neigen zu Extrempositionen. Sie würden deshalb radikale Positionen am Rand des politischen Spektrums stärken.</p>



Autorentext, orientiert an: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/waehlen_mit_16.pdf
 (Inhalt nicht mehr verfügbar)